

## Stadtverträgliche Mobilität - Positionspapier

Viele baden-württembergische Städte und Gemeinden verfolgen derzeit Projekte mit dem Ziel, relativ stark belastete Straßen stadtverträglich zu gestalten. Das vorliegende Papier stellt eine Zusammenstellung der wesentlichen Aspekte dar. Ausführlicher sind diese in dem Papier „Stadtverträgliche Mobilität - Ziele und Anliegen des Planungsverbundes“ niedergelegt.

### Ausgangslage

Der Planungsverbund strebt Lösungen vor allem für Straßen an, für die folgende Merkmale zutreffen:

- Straßen in Innenstädten und Ortskernen insbesondere mit höheren Verkehrsbelastungen
- Komplexe Nutzungsansprüche
  - in örtlichen Geschäftsstraßen mit hohen Fuß- und Radverkehrsanteilen,
  - auf den Kernabschnitten von Ortsdurchfahrten.
- Einschränkungen bei der Anwendung existierender Regelwerke mit Behinderung von Lösungsmöglichkeiten, die
  - über die Anordnung einer reduzierten zulässigen Höchstgeschwindigkeit oder
  - Variationen im Straßenraumquerschnitt hinausgehen und
  - unabhängig von der Straßenklassifizierung funktionieren.
- Verminderte Aufenthaltsqualität verbunden mit
  - hohen Umweltbelastungen (Lärm und Luftschadstoffe),
  - steigendem Unfallaufkommen und
  - nachteiligen Entwicklungen für innerstädtische Nutzungen wie Handel und Wohnen
- Geringe Handlungsspielräume für situationsangepasste Lösungen.

### Ziele

Eine integrierte Herangehensweise von Verkehrsplanung, Stadtplanung und Umweltplanung soll dazu dienen, die Stadt- und Ortsentwicklung zu qualifizieren sowie die Stadtgestalt, Aufenthaltsqualität und Nutzungsvielfalt zu erhöhen. Sie unterstützt damit aktiv die erklärten Ziele der Landesregierung für

- die Fortschreibung des Generalverkehrsplans unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches Radverkehr Baden-Württemberg“,
- den Landesentwicklungsplan (LEP) und
- die Nachhaltigkeitsstrategie.

### Handlungsmöglichkeiten und Forderungen

Die Vielfältigkeit der Probleme und der Ansätze zu ihrer Lösung erfordert ein differenziertes Vorgehen.

- Es sollen neue Lösungsmöglichkeiten an konkreten lokalen Beispielen für "neue" Innerortsstraßen aufgezeigt werden.
- Definitionen der Einsatzgrenzen für Begegnungszonen (nach Schweizer Vorbild) sind zu finden und die straßenverkehrsrechtliche Anordnung zu ermöglichen.
- Möglichkeiten für einen flexibleren, situationsangepassten Einsatz von bestehenden Gesetzen und Richtlinien sind im Sinne einer Deregulierung (weniger Verkehrszeichen im Straßenraum) auszuschöpfen.
- Die Effekte der Verkehrssicherheit und der Umfeldverbesserung (Aufenthaltsqualität) einschließlich Umweltwirkungen müssen qualitativ wie quantitativ bewertet werden.

Die Mitglieder des interkommunalen Planungsverbands wünschen die Unterstützung ihrer Initiativen durch die Landesregierung - gemeinsam für lebenswerte Städte in Baden-Württemberg!